

N° 3 S e p t e m b e r 2 0 0 0

erscheint vierteljährlich • Einzelheft: Fr. 5.- • Abo: Fr. 20.-

BAU GEBI INPUT



Lohn

Bau 200X

Bauen und
Umwelt

Agenda

INPUT – DIE INTERESSEGRUPPE ANGESTELLTE & KADER BETEILIGT SICH AN DEN KONGRESSDISKUSSIONEN

Vom 26. bis 28. Oktober wird in Luzern der ordentliche Kongress der Gewerkschaft Bau & Industrie GBI stattfinden. INPUT, die Interessengruppe Angestellte & Kader der GBI, hat sich im Vorfeld aktiv in der Kongressvorbereitung engagiert und wird auch am Kongress selber mit konkreten Vorschlägen präsent sein.

Als Angestellten- und Kadergruppe

- waren wir massgeblich beteiligt bei der Erarbeitung des Grundlagenpapiers «Bauwirtschaft 200X», das die aktuellen Trends in der Bauwirtschaft analysiert und gewerkschaftliche Handlungsfelder formuliert;
- haben wir zuhänden des Kongresses unter dem Titel «Bauen und Umwelt» ein Leitbild für eine nachhaltige Bauwirtschaft erarbeitet, das Forderungen und gewerkschaftliche Aufgabenfelder und konkrete Forderungen formuliert;
- haben wir einen Antrag erarbeitet, der unter dem Titel «Lebenswelt statt Spekulation» das Engagement der GBI im Bereich Bodenmarkt einfordert; der Antrag verlangt von der GBI, sich für die Schaffung einer gesamtschweizerischen Bodenpreisstatistik und, einer Steuer zur Abschöpfung von Planungsgewinnen auf Bodenrenten einzusetzen;
- stellen wir den Antrag auf Schaffung einer Arbeitslosenversicherung für Selbständigerwerbende und Freelancer in den von der GBI betreuten Branchen – Ziel ist die verbesserte Absicherung der Mitglieder, die das Risiko der Arbeitslosigkeit bisher individuell tragen müssen;
- stellen wir einen Antrag auf die Verstärkung der gewerkschaftlichen Arbeit für technische Angestellte der Bauplanungsbüros sowie der Bau- und Generalunternehmungen. Konkret fordert der Antrag den Ausbau der gewerkschaftlichen Stützpunkte und den Ausbau von sektorspezifischen Dienstleistungsangeboten für alle Landesteile.

Wir hoffen, mit diesem Engagement einen entscheidenden Einfluss auf die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung der GBI nehmen zu können. Wir laden alle Mitglieder ein, sich an diesen Diskussionen zu beteiligen. Deshalb drucken wir nachfolgend die Positionspapiere «Bauwirtschaft 200X» und «Bauen und Umwelt» ab. **Stellungnahmen, Inputs und Kritik können und sollen möglichst vor dem Kongress per E-Mail an die Adresse rbr@gbi.artemis.ch gerichtet werden.** Wir veröffentlichen diese Beiträge laufend auf unserer Homepage www.gbi-sib-sei.ch/input und animieren damit weitere Beiträge.

Der zweite Teil dieses Heftes ist dem Thema Lohn gewidmet. Mit der wirtschaftlichen Erholung bestimmt dieses Tabuthema zurzeit die öffentliche Diskussion. Input will einerseits die Perspektiven einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik aufzeigen und unseren Mitgliedern konkrete Orientierungshilfe leisten.

Roland Brunner und André Kaufmann

GBI
INPUT

2 Editorial

Bauwirtschaft 200X:
Entwicklungstrends und
gewerkschaftliches Handeln

3

8 Bauen und Umwelt

DOSSIER: Lohn

Lohnverhandlungen 2000:
Teuerungsausgleich selbstverständlich – und Realloohnerhöhungen!

Tarifpolitik unter den Bedingungen
der Europäischen Währungsunion

I

V

12 Grosser Lohnrückstand in der
Bauplanungsbranche

14 Europäische Lohnentwicklung
in der Bauplanung

FRAU AM BAU – Weniger Lohn-
diskriminierung dank
transparentem Lohnsystem

15

Günstig statt billig: Die Vergabe-
politik bei Architekturaufträgen

17

Agenda

19

Herausgeber: GBI, Abteilung INPUT

Redaktion: André Kaufmann (verantwortlich),
Roland Brunner, Roland Herzog, Susanne Goepfert,
Jost Arnet

Titelblatt: Emil Gut

Konzept, Satz & Korrektorat: FOCUS Grafik, Zürich

Druck: ropress, Zürich

Gesamtauflage: 12 800

Abonnements: Einzelabonnement: Fr. 20.–

Mitglieder der Gruppe INPUT: gratis

Insertionspreise: Auf Anfrage

Redaktion und Administration: GBI,

Redaktion INPUT, Postfach, 8021 Zürich

Bauwirtschaft 200X: Entwicklungstrends und gewerkschaftliches Handeln

Die grundsätzlichen Strukturen der Bauwirtschaft haben sich in den letzten Jahrzehnten nicht stark verändert, obwohl in den Fünfziger-, Sechziger- und Achtzigerjahren mehr gebaut worden ist als von allen Generationen vorher. Auch die Krise der Siebzigerjahre änderte an den Nachkriegsstrukturen wenig, wenn es auch immer Schübe von grossen Produktivitätsfortschritten gab.

Von H. Baumann, R. Brunner,
A. Kaufmann, GBI

Die Krise der Neunzigerjahre führte die Bauwirtschaft in einen tiefen strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruch. Ein politisches Flickwerk aus Deregulierungen, Liberalisierungen und Flexibilisierungen sollte den Umbruch in eine positive Richtung führen. Das Gegenteil trat aber ein, nämlich eine totale Verunsicherung. Auf den Höhenflug der Bauwirtschaft folgte der Absturz mit bisher unbekanntem Arbeitslosenzahlen. Die Neunzigerjahre brachten einen gewaltigen Einbruch der Beschäftigtenzahlen (im Bauhauptgewerbe von rund 166 000 auf 96 000), und mit Grossfusionen und Betriebschliessungen kamen auch die Strukturen ins Rutschen: Die Fusion von drei grösseren Bauunternehmen zum Marktleader Batigroup ist beispielhaft für den Konzentrationsprozess der Branche. Die Krise führte allerdings auch zu einer Gegenbewegung: Die Gesamtzahl der Firmen stieg durch freiwillige und unfreiwillige (durch Arbeitslosigkeit bedingte) Neugründungen von Kleinfirmen an. Mit dem Aufschwung verschwindet jetzt ein Teil dieser Neugründungen wieder.

Der Produktivitätsanstieg, die deutlich ansteigenden Baupreise im ersten Halbjahr 2000 und die verbesserte Ertragslage der Bauunternehmen zeigen, dass wesentliche Strukturanpassungen erfolgt sind und der Bauproduktmarkt wieder einigermaßen «normal» funktioniert. Für den Arbeitsmarkt lässt sich dies nicht sagen: Der Abbau von Beschäftigung ist in den letzten Jahren so weit getrieben worden, dass bereits kurz nach Wiedereinsetzen des Aufschwungs



ein Mangel an qualifizierten Bauleuten akut wurde. Eine Folge davon ist unter anderem, dass grosse Infrastrukturprojekte wie die Alp-Transit nur noch mit europäischen Grossunternehmungen realisiert werden können, weil hierzulande die Leute fehlen und das Know-how ungenügend ist. Die Qualifizierungsmöglichkeiten müssen deshalb verbessert und die Bauberufe attraktiver werden.

Die GBI will diesem Wandel nicht passiv zuschauen, sondern ihn mitgestalten. Die nachfolgenden Thesen sollen als Orientierungshilfe dazu dienen:

These 1 Der europäische Binnenmarkt verschärft die Konkurrenz und bringt neue Arbeitsmigration

a) Die WTO-Regeln und der europäische Binnenmarkt setzen auch die Baubranche dem internationalen Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck aus (Kostensenkung mittels Produktivitätsfortschritten, höherer Leistung in Form kürzerer Produktionszeiten und Senkung der Lohnkosten), da immer mehr Bauvorhaben international ausgeschrieben werden müssen, res-

pektive Anbieter auf dem ganzen europäischen Markt auftreten können.

b) Im Rahmen der Initiative «Effizienzpotenziale der Schweizer Bauwirtschaft» (effi-bau) des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie wird konstatiert, dass die tiefen Preise für Land, Immobilien und Bauleistungen dazu führen, dass die Vorbereitungszeiten und die Kosten vor dem Baubeginn zunehmend mehr Bedeutung erhalten: «Lange Planungs- und Bewilligungszeiten schaffen grosse Projektrisiken und binden teures und knappes Risikokapital.»

c) Die grenzüberschreitende Bautätigkeit nimmt zu: Immer mehr Grossfirmen kommen mit ihrem oder mit ausgeliehenem Personal über die Grenzen, was eine neue Form von Arbeitsmigration und die Gefahr von Lohndumping beinhaltet.

d) Die GBI engagiert sich mit einer verstärkten grenzüberschreitenden gewerkschaftlichen Zusammenarbeit für die Integration der Schweiz in ein soziales Europa. In der Schweiz werden wir alles unternehmen, damit die ankündigten Massnahmen zu den bilateralen Verträgen lückenlos umgesetzt werden. Insbesondere fordert die GBI flächendeckend Tripartite-Kommis-

sionen, allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge und Minimallöhne, soweit diese noch nicht bestehen.

e) Im Weiteren verstärkt die GBI ihre Präsenz auf den Euro-Baustellen in der Schweiz und ist darum bemüht, auch ausländischen Arbeitskräften hier eine gewerkschaftliche Vertretung zu gewähren.

These 2
Grenzenlose Kapitalströme führen zu Konzentrationsprozessen

a) Neben der wachsenden internationalen Konkurrenz durch den europäischen Binnenmarkt sind wachsende sowie grenzenlos agierende Kapitalströme, weitere Motoren der aktuellen Restrukturierungsphase der Schweizer Bauwirtschaft. Grosse Kapitalien international operierender Grosskonzerne, Banken, Versicherungen und Pensionskassen führen über die grenzüberschreitende Fremdfinanzierung zu einem verstärkten Verwertungsdruck des Kapitals, was zu beschleunigter Rationalisierung, Termindruck (Umschlaggeschwindigkeit des fixen Kapitals, Bedeutung der Baustellenzeiten) und Industrialisierung der Baubranche führt.

b) «Die kapitalintensive Bau- und Immobilienwirtschaft ist auf die Banken und institutionellen Anleger angewiesen, um ihre chronisch unterkapitalisierten Vorhaben zu realisieren. Die Abhängigkeit von Fremdkapital zwingt aber zu Verwertungsbedingungen, die Profite in einer

Foto Claude Giger



Der Eintritt in den europäischen Binnenmarkt eröffnet Chancen und Gefahren.

Foto ex-press, Zürich



Kapitalintensive Grossprojekte fördern die Konzentration in der Branche, wie das Beispiel «Batigroup» zeigt.

Höhe versprechen, die anderen Anlagemöglichkeiten entsprechen» (UBS Outlook 2000).

c) Hohe Effizienz sowie flexible Strukturen bedeuten Konzentration im Kerngeschäft. Der Zwang zu erhöhter Wertschöpfung in der Bauwirtschaft führt insgesamt zu einer Industrialisierung der Bauwirtschaft durch Grosskonzerne (Universal-Unternehmer) mit gleichzeitigem Ausbau der Dienstleistungsfunktion dieser Betriebe (Kunden- und Marktorientierung). Auf der anderen Seite werden wenig rentable Tätigkeiten an Subunternehmungen ausgelagert. Diese Klein- und Kleinstbetriebe befinden sich oft in einer prekären Situation, und deren Arbeitsverhältnisse sind ständig bedroht. Das Baugeerbe wird besonders empfindlich für konjunkturelle Schwankungen.

d) Eine gesunde Bauwirtschaft ist auf klare wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen und braucht einen konjunkturpolitisch aktiven Staat. Zudem muss der Staat direkt (über öffentliche Investitionen) und indirekt (u.a. über Steuern) dazu beitragen, dass Kapital für sinnvolle Investitionen im Inland

eingesetzt wird und nicht nur auf den internationalen Spekulationsmärkten landet.

e) Mit der von uns geforderten Kapitalgewinnsteuer und auf internationaler Ebene mit der Besteuerung von Spekulationsgewinnen (Tobin-Steuer) wollen wir dem nach kurzfristigem Erfolg suchenden Kapital einen Kontrapunkt entgegensetzen. Investitionen sollen wieder nach langfristigen Überlegungen getätigt werden. Dies trifft vor allem auch auf die Gelder der Pensionskassen zu, die nachhaltig angelegt werden sollen.

These 3 Die laufende Entwicklung führt zur Zweiteilung der Branche

a) Die aus der Verwertungslogik notwendige Bereinigung der Branchenstruktur durch Fusionen oder Kooperationen führt zu schlanken Organisationsstrukturen (integrale Dienstleistungspakete). Es ergeben sich daraus Konzentrationsprozesse der gewerblichen und kleinbetrieblichen Branchenstruktur einerseits hin zu Systemanbietern mit General-Unternehmern und General-Übernehmern (reine Bauprojektträger ohne eigene Bautätigkeit) und andererseits eine Hierarchisierung der Branchenstruktur, Segmentierung des Anbietermarktes sowie Polarisierung der Betriebsgrößen mit abhängigen und vorgelagerten Kleinbetrieben als Subunternehmen.

b) Kleine und mittlere Unternehmen werden zwar mit flexiblen und spezialisierten Angeboten auch in der Zukunft gute Chancen am Markt haben. Einem Teil droht aber, bei diesem Prozess infolge mangelhafter Kapitalausstattung unter die Räder zu geraten und von den Grossunternehmen abhängig zu werden (Beschäftigungssicherheit, Qualifizierungsmöglichkeiten, Spezialisierungschancen).

c) Dieser Entwicklung wohnt die Tendenz einer verschärften Beschäftigungspolarisierung in eine gut qualifizierte und bezahlte Stammbeschäftigung bei Komplettanbietern auf der einen Seite und präkarisierten Randbeschäftigten bei Subunternehmen auf der anderen Seite inne. Für alle wird die Arbeitsbelastung, die Flexibilität sowie der Qualifizierungsdruck zunehmen.

d) Deshalb kämpft die GBI für einheitliche Mindestbedingungen für die ganze Bauwirtschaft, insbesondere im Bereich der Anstellungsbedingungen und der Arbeitszeit. Eine weitere Flexibilisierung und Individualisierung wirkt sich negativ auf die soziale Sicherheit sowie die Gesundheit und die Arbeitssicherheit aus.

e) Insbesondere will die GBI in der gesamten Bauwirtschaft die Forderung nach existenzsichernden Mindestlöhnen und die Unterstellung der Temporärarbeitenden unter die Gesamtarbeitsverträge durchsetzen.

f) Um einer Verlüderung der Branche entgegenzutreten und den sozialen Status der Bauarbeit zu sichern, muss der Marktzutritt für Unternehmungen des Baugewerbes, des Ausbaugewerbes sowie der Planung durch Qualitätskriterien geregelt werden (neue CEN-Normen, Sozialklauseln, Fähigkeitsausweise, Berufsregister, Labeling).

These 4 Deregulierung schadet der Bauwirtschaft

a) Der Verwertungsdruck des Börsenkapitals und der institutionellen Anleger verlangt den Abbau gesetzlicher Regulierungen (Bau- und Planungsgesetze, Bewilligungsverfahren usw.), um so die Durchlaufzeit des Kapitals zu verkürzen und die Profite zu erhöhen. Auch das öffentliche Beschaffungswesen wird auf sämtlichen politischen Ebenen (Bund, Kantone und Gemeinden) liberalisiert, sodass der Preis faktisch das einzige Vergebungskriterium ist.

b) Ideologische und finanzielle Angriffe auf staatliche Handlungsmöglichkeiten (Nachwächterstaat ohne Steuersubstrat) bedrohen sowohl die Regulationsmechanismen (gesetzliche Bestimmungen) als auch die direkten Investitionsmassnahmen (Infrastrukturbauten, antizyklische Investitionen).

c) Wie die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Atkins-Studie über die europäische Bauwirtschaft belegt, führt das Fehlen von staatlichen Regulierungen in einen ruinösen Wettbewerb, der letztlich auf Kosten der Bauqualität, der Arbeitsbedingungen und oft auch der Umwelt und Landschaft geht.

d) Die GBI setzt dem neoliberalen Deregulierungsdruck eine gesamtgesellschaftliche Logik entgegen. Die Lebensqualität und Lebenschancen der Menschen sind wichtiger als die Vermarktungs- und Profitchancen der Wirtschaft. Die GBI kämpft mit den anderen Gewerkschaften in der Schweiz und im Ausland um eine neue gesellschaftliche Regelung der Arbeit, um eine neue Arbeitsverfassung, die auch neue Arbeitsverhältnisse wie abhängige Selbständigkeit arbeitsrechtlich erfasst und sozial absichert.

e) Weiter bekämpft die GBI die unbeschränkte und bedingungslose Flexibilisierung der Arbeitszeit. Sie setzt sich ein für klare Arbeitszeitregelungen und für eine Zeitautonomie der Arbeitnehmenden, damit diese ihre Arbeitszeit mitgestalten und planen können.

f) Die GBI unterstützt Bestrebungen, um die Raumplanungs- und Baugesetzgebung effizienter auszugestalten, jedoch ohne Abstriche an den Anforderungen der Nachhaltigkeit. Auch die Submissionsordnungen müssen den Anforderungen an die Nachhaltigkeit genügen.

These 5 Die Bedeutung der vor- und nachgelagerten Tätigkeiten nimmt zu

a) Die Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft wird verlängert durch den Einbezug der ganzen Bauaktivitäten von der Grundstücksbeschaffung, Bauplanung, Projektentwicklung, Finanzierung, Realisierung, Betrieb und Unterhalt usw. in die Geschäftstätigkeit der Generalunternehmungen.

b) Die Veränderungen der Wertschöpfung in der Bauwirtschaft führt insgesamt zu einer grösseren Bedeutung von Generalunternehmungen und Komplettanbietern mit gleichzeitigem Ausbau der Dienstleistungsfunktion dieser Betriebe (Kunden- und Marktorientierung).

c) Das bedeutet, dass Tätigkeiten der Planung, der Erneuerung, des Umbaus und des Unterhaltes, für die es mehrheitlich Arbeitnehmende mit guten Qualifikationen braucht, an Bedeutung gewinnen (dies gilt auch jetzt, wenn der Neubau mit der Konjunkturerholung wieder ansteigt).

d) Für die GBI heisst das, dass sie ihre Aktivitäten in den Bereichen des Ausbaugewerbes, der Architektur- und Ingenieurbüros, der Generalunternehmungen sowie des Gebäudeunterhaltes ausbaut.

These 6
Neue Technologien schaffen neue Anforderungen an Beschäftigte

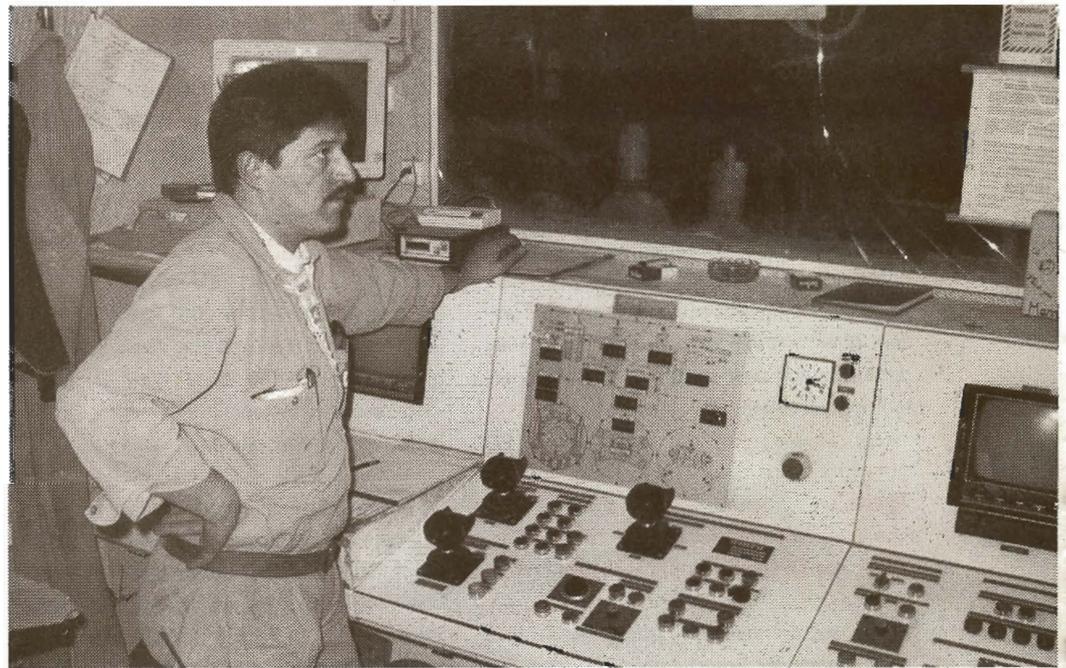
a) Die veränderte Arbeitsorganisation sowie der Einsatz von neuen Technologien stellen andere Anforderungen an die Arbeitskräfte bezüglich Qualifikation und Flexibilität. Die Beschäftigten auf allen Stufen sind einem zunehmenden Qualifikationsdruck unterworfen. Vor allem Beschäftigte mit Teilzeitpensen sind oft von Weiterbildungsmöglichkeiten und Qualifizierungsperspektiven abgeschnitten. Betroffen davon sind oft Frauen, die in der heutigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung immer noch Beruf und Familienverantwortung miteinander verbinden müssen. Trotz steigender Zahlen von Frauen bei der Berufswahl und Berufsausbildung (z. B. Architektinnen, Bauplanerinnen) ist die Bauwirtschaft immer noch eine Männerdomäne. Die Entwicklung der Branche droht diese Tendenz weiter zu verschärfen.

b) Die GBI setzt sich einerseits für eine Revision der Berufslehren ein, die an Stelle von einzelnen Berufen Berufsfelder schafft und das vorrangige Ziel hat, Schlüsselqualifikationen zu vermitteln. Andererseits fordert die GBI vom Bund eine Aus- und Weiterbildungsoffensive zur Verbesserung der Kompetenzen von schlecht Qualifizierten. Der Staat muss seine Verantwortung bezüglich Ausbildung wahrnehmen, um die gesellschaftlich notwendigen Kompetenzen zu schaffen.

c) Weiter initiiert die GBI paritätisch finanzierte Weiterbildungsinstitutionen in allen Bereichen der Bauwirtschaft und bietet ihren Mitgliedern selber Weiterbildungsangebote in Nischengebieten an. Die bestehenden paritätischen Institutionen für die Berufs- und Weiterbildung sind zu stärken.

d) Schliesslich setzt sich die GBI weiterhin für die Gleichstellung von Frauen in der Bauwirtschaft ein. Sie unterstützt Projekte wie FRAU AM BAU, um gezielt den Anteil von Frauen zu erhöhen.

Foto Pressebüro St. Gallen



Neue Technologien erfordern neue Qualifikationen von den Arbeitnehmenden.

These 7
Der Verwertungsdruck bedroht die Mitwelt

a) Die globalisierte Produktion schafft neue Zwänge bezüglich Infrastruktur und internationaler Arbeitsteilung (Erhöhung der Mobilität von Gütern und Arbeit). Die Verwertungs- und Vermarktungs(un)logik bedroht die Kriterien einer nachhaltigen Bauwirtschaft (ökologisch, ökonomisch und sozial verträglich) sowie die Kriterien eines integralen Qualitätsmanagements. Die ökologischen Probleme fordern ständig verbesserte Energiekennziffern, aber auch grundlegende Überlegungen bezüglich der Mobilität.

b) Die GBI hingegen will eine gebaute Umwelt, die nutzungsneutralere Wohnungs- und Gebäudetypen für unterschiedliche Lebensstile und Bedürfnisse, bauliche Infrastrukturen für neue Beschäftigungsarten und Siedlungsmo-

delle, Initiativen für Altbauerneuerung, Stadterhaltung und Verbesserungen des unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumfeldes, bauliche und institutionelle Strategien für interkulturelle Wohngebiete, ressourcensparende Liegenschaften und preislich tragbaren und qualitativ befriedigenden Wohnraum realisiert.

c) Deshalb fordert die GBI, dass alle Bauprojekte den Kriterien der Nachhaltigkeit genügen müssen. Um die ökologischen und raumplanerischen Forderungen durchzusetzen, arbeitet die GBI intensiv mit den Umweltverbänden zusammen.

These 8
Gefahr der konjunkturellen Überhitzung

a) Nach Jahren der Wirtschafts- und Baukrise zieht heute die (Bau-)Wirtschaft wieder an. Tiefe Zinsen und sinkende Baukosten begünstigen

tigen den Neubau. Die Arbeitsvorräte und Auftragseingänge steigen, und in der Bauwirtschaft zeichnet sich eine Stabilisierung mit ersten Anzeichen einer neuen Überhitzung ab. Während noch bis vor wenigen Monaten laufend Arbeitskräfte entlassen oder zwangsflexibilisiert wurden, stöhnt die Wirtschaft heute schon wieder über den Mangel an qualifizierten Baufachleuten. Vor allem im Bauneben-gewerbe ist der Aufschwung deutlich, während das Bauhauptgewerbe – vor allem der Wohnungsbau – bisher noch etwas hinterherhinkt.

b) Spitzenwerte erreicht insbesondere der Beschäftigungszuwachs beim Immobilienwesen. Der Handel mit Bauobjekten wird vor allem durch die weit überdotierten Pensionskassengelder angeheizt. Dies zeigt auch, wie anfällig und wenig nachhaltig die wirtschaftliche Erholung ist.

c) Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muss eine Verstetigung der Bauleistungen auf einem ökologisch und sozial verträglichen Niveau garantieren und die Beschäftigten gegenüber zyklischen und krisenbedingten Schwankungen absichern. Deshalb setzt sich die GBI für eine Koordination und Verstetigung der Investitionspolitik von Bund und Kantonen und eine entsprechende Zinspolitik der Nationalbank ein.

These 9
Bauarbeit muss wieder attraktiv werden

a) In den Krisenjahren haben sich die Arbeitsbedingungen im Baugewerbe verschlechtert, und die beruflichen Perspektiven sind unsicherer geworden. Wenn wir in der Schweiz in den nächsten Jahren überhaupt noch eine Chance haben wollen, junge Leute für die Bauberufe zu gewinnen, muss jetzt die Trendumkehr erfolgen. Dies gilt für alle Stufen der Ausbildung bis hinein in den Hochschulbereich.

b) In den Krisenjahren sind die Löhne real zurückgegangen. Werden die gestiegenen Sozialabzüge und Krankenkassenbeiträge hinzuge-rechnet, sind die real verfügbaren Löhne sogar sehr deutlich gesunken (für einen gelernten Baufachmann macht dies zwischen 5 und 10 Prozent des Lohnes aus). Der Termin- und Preisdruck ist zudem meist auf die Arbeitnehmenden abgewälzt worden. Die Flexibilisierung der

Arbeitszeit hat einen Produktivitätsgewinn gebracht, der oft zu Lasten des Personals ging. Die Verschlechterung der Bezugsbedingungen für Schlechtwetter- und Kurzarbeit sowie die in den Krisenjahren akzentuierte «hire and fire-Politik» (Entlassungen im Winter) hat zu unregelmässigen Einkommen geführt. Die Berufs- und Qualifizierungschancen sind gesunken und damit die Attraktivität dieser Berufe.

c) Es ist eine primäre Aufgabe unserer Gewerkschaft, hier eine Trendumkehr herbeizuführen. Dies geschieht einerseits durch die schon erwähnte Mindestsicherung über Gesamtarbeitsverträge und eine deutliche Erhöhung der Real-löhne. Zudem muss aber auch der Abdeckungsgrad der Gesamtarbeitsverträge erhöht und auf alle Bereiche der Bauwirtschaft ausgedehnt werden. Eine gegenseitige Konkurrenz zwischen

Verbänden zu Lasten der Arbeitsbedingungen (wer bietet den günstigsten GAV?) soll vereitelt werden. Mittels flankierender Massnahmen und Kontrollen müssen diese GAV auch gegen Lohndumping von aussen abgesichert sein.

d) In einem kleinstrukturierten Markt wie der Bauwirtschaft braucht es starke Verbandsstrukturen, um Qualifizierungsmöglichkeiten auf allen Stufen anzubieten. Starke Gewerkschaften und ein hoher Abdeckungsgrad von GAV ermöglichen es, branchenweite, für alle verbindliche Regeln für die Berufs- und Weiterbildung festzulegen und so Berufschancen und Branchenimage zu verbessern. Dies zwingt auch die Arbeitgeber dazu, sich zu organisieren und wirkt einer Flucht aus den Verbänden, die als reale Gefahr ansteht, entgegen.

Foto ex-press, Zürich



Bauarbeit muss sich wieder lohnen.

Bauen und Umwelt

«Wir wollen für uns und unsere Kinder eine lebenswerte Umwelt erhalten. Dies erfordert ein konsequentes Umdenken sowie einschneidende Massnahmen. Wir stehen ein für ein qualitatives Wachstum, welches den Schutz der Umwelt höher wertet als die Zwänge der Mobilität und des Marktes. Die Verschwendung von Energie, Rohstoffen und Boden muss gestoppt werden. Vorbeugen statt reparieren ist unsere Devise. Wir wollen Einfluss nehmen, damit die Produkte und Produktionsprozesse umwelt- und gesundheitsverträglich gestaltet werden. Nur umweltgerechte Arbeitsplätze sind auch sichere und gesunde Arbeitsplätze. Eine Arbeitsplatzzerhaltung um jeden Preis lehnen wir ab.»

Von R. Brunner und A. Kaufmann, GBI

Unser Selbstverständnis. Publikation Nr. 1 der Gewerkschaft Bau & Industrie GBI, Juni 1993

Diese in den Neunzigerjahren von der GBI formulierten Zielsetzungen gelten immer noch. Damit diese Zielsetzungen jedoch nicht nur plakatative, unverbindliche Absichten bleiben, müssen sie konkretisiert werden. Die konkreten Fragen an die GBI-Politik und Strategie lauten:

- Wie kann unser Leitbild konkretisiert werden?
- Mit welchen konkreten Massnahmen kann es in die Praxis umgesetzt werden?
- Welchen Beitrag kann die GBI für ein «qualitatives Wachstum» leisten?
- Wo liegen die Chancen und Spielräume gewerkschaftlicher Politik, wo ihre Grenzen?

Ausgangspunkt unserer Überlegungen muss die Maxime sein, dass der Verbrauch von nicht erneuerbaren Ressourcen gesenkt werden muss.

Ausgangslage

Umwelt und Verkehr

Ökologie bleibt eine zentrale Fragestellung nachhaltigen Wirtschaftens. Auch wenn der Umweltschutz in den letzten Jahren in die Defensive gedrängt wurde, genießt das Thema immer noch breite Unterstützung in der Bevölkerung. Als besondere Umweltbelastungen werden der Flug- und Autoverkehr (insbesondere der Schwerverkehr), die Kernkraftwerke mit ihrem radioaktiven Abfall, die Gentechnologie sowie chemische Produkte gesehen.

In den Siebziger- und Achtzigerjahren konnten – oft dank lautstarkem Protest von umweltbewusster Seite – einige besonders umweltschädigende Projekte verhindert werden. Heute, nach Jahren der Krise der Binnenwirtschaft, werden plötzlich wieder alle alten Projekte sowie ein paar neue aus der Schublade geholt. Keine Röhre durch die Berge zu viel, keine Umfahrung zu wenig, kein neues Autobahnteilstück zu teuer. Der «Tages-Anzeiger» titelte: «Die Autolobby ist wieder auf der Überholspur» (20.4.2000). Die TCS-Initiative «Avanti» sowie verschiedene bürgerliche Vorstösse aus den Häusern der Autolobby (Giezendanner, Hess, Hegetschweiler, Bezzola & Co.) belegen dies. Dabei werden schon heute jährlich rund 1,5 Milliarden Franken in den Autobahnbau investiert.

Die weiter gehende Zersiedelung der Gebiete, das Ausufern des Siedlungsbreis schafft Mobilitätswänge, denen man mit neuen Strassen meint beikommen zu müssen. Man meint, Siedlungsstrukturen müssten autogerecht sein, und schafft ständig mehr Verkehr mit Wohnlagen, die von den Arbeitsorten entfernt liegen. Das virtuelle Büro, das den Arbeitsort wieder ins Eigenheim verlagert, ist mehr (gefährliche) Illusion als gesellschaftliche Wirklichkeit.



Demokratie und Umwelt

Der Standortwettbewerb der Städte verschärft den Druck zu undemokratischen Planungs- und Bauverfahren. Möglichst schnell, möglichst gross und hoch bauen, um neben den anderen europäischen Zentren bestehen zu können, so lautet die einstimmig vorgetragene Devise von Wirtschaft und Politik. Die Entwicklung der Bauwirtschaft und der Bauvorhaben wurde in den letzten Jahren bestimmt von der Krise der ganzen Wirtschaft. Wer was wann wo baut – oder eben nicht –, darüber entschieden die Investoren – seien es Private oder Öffentliche – und selten die betroffene Bevölkerung. Dem steht unsere Vorstellung entgegen, die Nachhaltigkeit im Interesse kommender Generationen sowie die Lebensqualität in der gebauten Umwelt über die Profitinteressen und das Standortmarketing stellt. Dieser Ansatz vertraut auf Prozesse, die Bewohner/innen und Benutzer/innen in die Planung ihrer Umwelt einbeziehen und sie nicht erst als Opfer wahrnimmt.

Boden und Profit

Der Boden ist zur Sache geworden; er wird verwaltet, verwertet, versiegelt, verbaut, um finanzielle, berufliche, familiäre, genussbezogene Interessen zu verfolgen. Der Mensch fühlt sich immer weniger vom Boden abhängig. Er hat seinen Eigenwert für den Einzelnen verloren. Er ist Mittel zum Zweck, Gegenstand der Investitionsanlage und der Spekulation geworden. Der Bodenmarkt ist geprägt von einer weiterhin hohen Nachfrage nach peripheren Grundstücken im Umfeld städtischer Agglomerationen. Zudem nimmt auch im innerstädtischen Bereich der Druck auf Grundstücke aus alten Industriebrachen und anderen Umnutzungen zu.

Foto ex-press, Zürich



Übermässiger Strassenverkehr lässt unsere Wälder sterben.

Meist ergibt sich der Preis einer Liegenschaft jedoch nicht aus dem eigentlichen Wert des Grundstücks, sondern aus Planungsgewinnen, die von Infrastrukturleistungen im Umfeld des Grundstückes stammen. Eine Erschliessungsstrasse oder ein neuer S-Bahnhof beispielsweise – gebaut mit Mitteln der öffentlichen Hand – können den Preis eines Grundstückes um ein x-faches in die Höhe schnellen lassen, ohne dass auch nur ein Franken in das Grundstück selber investiert wurde. Während die Investitionen, die zur Wertsteigerung führen, also von den Steuerzahler/innen bezahlt werden, kommt der Mehrwert bei Verkauf bisher einzig und alleine dem Grundstücksbesitzer zugute. Die Investitionen werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert.

Wieder ansteigende Bodenpreise verstärken das nachfragebedingte Agglomerationswachstum durch räumliche Entmischung: Die schwächeren Nutzungen weichen an periphere, billigere Standorte aus, wo sie gewissermassen als «Kompensation» oft grosse Flächen beanspruchen. Für die Durchsetzung der haushälterischen Bodennutzung besteht nicht immer ein genügender politischer Wille.

Die Bodenpreisentwicklung verstärkt die Umverteilung von Volkseinkommen und Vermögen zugunsten der Minderheit der Bodenbesitzer. Durch planerische Entscheide entstehen Bodenwertsteigerungen in Millionenhöhe, die einzelnen Eigentümer/innen zugute kommen. Je knapper der Boden wird, desto mehr dürfte diese Umverteilung zunehmen.

Stadt und Land

Die Stadtregionen wachsen nicht im Kern, sondern franseln an den Rändern aus. Schon spricht man von einer Stadt Schweiz-Mittelland, die den ganzen Siedlungsbrei zwischen Bern, Basel und Zürich umfasst. Die Zersiedelung der Landschaft, die Ausbreitung der Agglomerationen, die Zerstörung von unbebautem Land durch den Bau von Strassen und Einfamilienhäusern dauert unvermindert an. Seit 1950 hat sich die überbaute Fläche der Schweiz mehr als verdoppelt. In 50 Jahren hat damit unsere Gesellschaft mindestens ebenso viel natürlichen Boden überbaut und irreversibel verändert wie alle Generationen zuvor. In den letzten fünf Jahren hat der Bau von Einfamilienhäusern im Kanton Zürich um 73 Prozent zugenommen, der Bau von Mehrfamilienhäusern mit grossen Wohnungen um 40 Prozent. Hintergrund des heutigen Baubooms ist die Zunahme an Wohnfläche pro Person durch veränderte soziale Strukturen.

Diese Bau- und Siedlungstätigkeit schafft städtebauliche und ökologische Probleme und führt zu soziostrukturellen und finanziellen Fehlentwicklungen. Die räumliche Trennung der Funktionen Wohnen (stärker im Umland) und Arbeiten (in den Städten) verursacht Pendlerverkehr und damit eine Verschlechterung der Wohnqualität in verkehrsbetroffenen Gebieten. Die Wanderbewegungen führen zu einer Polarisierung der Sozialstruktur der städtischen Wohnbevölkerung und damit verbunden zu einem Verlust an Steuersubstrat bei gleichzeitig anwachsenden Sozialaufgaben. Statt nun aber dem Siedlungsbrei die unendliche Verdichtung der Stadt entgegenzusetzen, muss eine kontrollierte Verdichtung von einer Eingrenzung der Zersiedelung begleitet sein.

Die Raum-Reserven durch Umbauten sind beträchtlich, aber sie werden nicht entsprechend genutzt. Theoretisch wäre es möglich, den gesamten Bedarf nach gebautem Raum der nächsten 20 Jahre innerhalb der bereits überbauten Gebiete, ja sogar in den bereits bestehenden Gebäuden zu befriedigen.

Bauen und Wohnen

Die Miete macht einen wesentlichen Anteil des Einkommens von Erwerbstätigen aus. Der wieder anziehende Hypothekarmarkt wird die Mietbelastung in der Schweiz wieder ansteigen lassen – unabhängig davon, ob zur Miete oder

im Eigenheim gewohnt wird. Damit wird wieder zusätzliches Volksvermögen umverteilt – zu Lasten der Mieter/innen und zu Gunsten der Besitzenden. Dem kann eine gezielte Mehrwertabschöpfung von Planungsgewinnen auf Grundstücken ein Stück weit entgegenreten. Ein wichtiges Korrektiv zur Profitjagd auf dem Immobilienmarkt sind die öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnbauten, die beispielsweise in Zürich rund einen Viertel des gesamtstädtischen Wohnungsbestandes ausmachen.

Die GBI hat hier eine wichtige politische und wirtschaftliche Aufgabe: Sie kann und muss ihre Beteiligung und ihren Einfluss im Bereich des genossenschaftlichen Wohnungsbaus stärken. Ziel ist ein zukunftsgerichteter genossenschaftlicher Wohnungsbau, der nach sozialen Kriterien gewerkschaftliche Anforderungen an die Bauqualität erfüllt.

Foto ex-press, Zürich



Unsere Ziele und Forderungen

Jedes Bauprojekt muss nachhaltig sein

Auch wenn das unsinnigste Bauwerk Arbeitsplätze schafft, als Gewerkschaft der Baubranche können wir gesellschafts- und umweltschädliche Bauvorhaben nicht unterstützen. Anstehende Bauvorhaben müssen hinsichtlich ökologischer und sozialer Auswirkungen überprüft werden.

Beim Bauen darf nicht der Gewinn im Vordergrund stehen

Die Gestaltung der gebauten Umwelt und die Planung unserer Zukunft darf nicht den Wertungsinteressen des Kapitals und den Legitimierungsbedürfnissen der Politiker/innen überlassen werden. Als Gewerkschaft sind wir herausgefordert, im breiten gesellschaftlichen Interesse zu denken und zu handeln, damit alle Menschen und die künftigen Generationen in der Schweiz eine lebenswerte Umwelt und eine belebbare Zukunft haben. Dieser Ansatz vertraut auf partizipative Mechanismen, womit Bewohner/innen und Benutzer/innen in die Planung ihrer Umwelt einbezogen und nicht erst als Opfer höchst problematischer Projekte wahrgenommen werden.

Planungsgewinne müssen abgeschöpft werden

Eine gezielte Mehrwertabschöpfung von Planungsgewinnen auf Grundstücken ist ein wichtiges Korrektiv zur Profitjagd auf dem Immobilienmarkt. Hierzu müssen politische Zeichen gesetzt und breite Koalitionen im Interesse der Mieter/innen geschmiedet werden.

Der genossenschaftliche Wohnungsbau muss gestärkt werden

Öffentliche und genossenschaftliche Wohnbauten, die beispielsweise in Zürich rund ein Viertel des gesamtstädtischen Wohnungsbestandes ausmachen, sind wesentliche soziale Errungenschaften, die es gegen bürgerliche Angriffe zu verteidigen gilt. Die GBI hat hier eine wichti-

ge politische und wirtschaftliche Aufgabe: Sie kann und muss ihre Beteiligungen und ihren Einfluss im Bereich des genossenschaftlichen Wohnungsbaus stärken. Ziel ist ein zukunftsgerichteter genossenschaftlicher Wohnungsbau, der nach sozialen Kriterien gewerkschaftliche Anforderungen an die Bauqualität erfüllt.

Der Zersiedelung muss Einhalt geboten werden

Der Zersiedelung des Schweizer Mittellandes können wir nicht die unendliche Verdichtung der Stadt entgegensetzen. Stattdessen muss eine kontrollierte Verdichtung von einer Eingrenzung der Zersiedelung begleitet sein. Entscheidend ist dabei, dass die Raumreserven durch Umbauten beträchtlich sind: Theoretisch wäre es möglich, den gesamten Bedarf nach umgebautem Raum für die nächsten 20 Jahre innerhalb der bereits überbauten Gebiete, ja sogar in den bereits bestehenden Gebäuden zu befriedigen. Die GBI setzt sich deshalb für urbane und dezentrale Siedlungsentwicklung ein. Sie engagiert sich für eine behutsame Verdichtung der Siedlungsstrukturen, für eine verkehrsarme Siedlungsentwicklung, gegen die Entgrenzung der städtischen Gebiete, für ausgeglichene soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie für eine sozialverträgliche Verteilung von Aufgaben und Kosten zwischen Stadt und Land.

Neue Mobilitätskonzepte sind gefragt

Die heutige erzwungene wie auch freiwillige Arbeits- und Freizeit-Mobilität muss überprüft und reduziert werden. Es gilt, den verbleibenden Individualverkehr auf umweltverträglichere kollektive Mobilität umzulenken. Der Ausbau kollektiver Transportkapazitäten wird neben der Bahn auch moderne interurbane Elektrobusse und finanziell unterstützte Modelle wie Carsharing und Fahrgemeinschaften beinhalten. Die Niederlage der Umverkehr-Initiative darf nicht davon abhalten, sich für eine umweltgerechte und zukunftsfähige Politik einzusetzen.

Auch während der Baukrise ging die Zersiedelung der Landschaft ungehemmt weiter. Und jetzt beim Aufschwung?

Unser gewerkschaftliches Handeln

Umwelt und Verkehr

- Die GBI setzt sich auf allen Ebenen, auch und vor allem im Bereich europäischer Gesetzgebung, für eine Verkehrs- und Umweltpolitik ein, die die Ressourcen unserer Umwelt wichtiger nimmt als die Profitinteressen unserer Bauwirtschaft.
- Sie beurteilt Vorhaben des öffentlichen und privaten Verkehrs anhand von ökologischen und sozialen Kriterien und stellt langfristige Auswirkungen über die kurzfristigen Erfolge.
- Sie setzt sich für einen hochwertigen öffentlichen Verkehr und für zukunftsgerichtete kollektive Mobilitätsmodelle statt für den Ausbau des Privatverkehrs ein.
- Sie bekämpft zusammen mit den Umweltverbänden und progressiven Parteien aktiv die «Avanti-Initiative».
- Sie ergreift zusammen mit anderen Verbänden Referenden gegen den Ausbau des Autobahnnetzes, insbesondere gegen den Bau eines zweiten Autobahntunnels am Gotthard.
- Sie ergreift zusammen mit dem SEV, Umweltverbänden und progressiven Parteien das Referendum gegen die Privatisierung der SBB und des Bahnnetzes.

Demokratie und Umwelt

- Die GBI bildet Allianzen mit Umwelt- und Konsument/innen-Organisationen, um zukunftsfähige Konzepte zu erarbeiten und politisch durchzusetzen.
- Sie initiiert in Zusammenarbeit mit Umweltorganisationen ein Ausbildungsprogramm, mit dem die in der Bauwirtschaft Arbeitenden für umweltrelevante Massnahmen in der Bauwirtschaft qualifiziert werden.
- Sie mischt sich überall dort in Planungs- und Bauprozesse ein, wo direkt die Lebensqualität der Menschen und die Lebensperspektive künftiger Generationen betroffen sind.
- Die GBI bietet Hand zu demokratischen Planungs- und Bauprozessen, indem sie sich aktiv für solche Foren bei grösseren Bauvorhaben einsetzt; indem sie lokale Initiativen unterstützt und indem sie ihre Mitglieder dazu befähigt, an solchen Prozes-

sen teilzunehmen (Kurse «Einen Bauplan lesen» u. a.).

- Die GBI führt überall dort, wo sie selber Bauherrin ist oder wo sie über genossenschaftliche Beteiligungen Einfluss nehmen kann, eine demokratische Planungs- und Baukultur ein.

Boden und Profit

- Die GBI verlangt vom Bund, dass er eine Bodenpreisstatistik führt. Das bedeutet, dass Handänderungen von Immobilien einschliesslich der Preise in der ganzen Schweiz veröffentlicht werden.
- Die GBI ergreift mit anderen Umweltverbänden und progressiven Parteien eine Initiative zur Abschöpfung von Planungsgewinnen.

Stadt und Land

- Die GBI initiiert oder unterstützt Entwicklungen, die der Zersiedelung entgegenwirken und die Qualität über Quantität des Bauens stellen.
- Die GBI setzt sich für eine urbane und dezentrale Siedlungsentwicklung ein. Sie engagiert sich für eine behutsame Verdichtung der Siedlungsstrukturen, für verkehrs-

arme Siedlungsentwicklung, gegen die Entgrenzung der städtischen Gebiete, für ausgeglichene soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für eine sozialverträgliche Verteilung von Aufgaben und Kosten zwischen Stadt und Land.

Bauen und Wohnen

- Die GBI setzt sich aktiv für die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus ein.
- Die Sektionen der GBI unterstützen an Ort Bestrebungen von MieterInnenverbänden und progressiven Parteien, den kommunalen Wohnungsbau zu fördern.
- Die GBI baut zusammen mit ihren Partnerorganisationen im Gewerkschaftshaus den Einfluss in den Baugenossenschaften, an denen sie beteiligt ist, aus. Die Baugenossenschaften sollen ihr Portfolio zielgerichtet in zukunftsträglichen neuen Projekten ausbauen mit dem Ziel, möglichst viel Boden und Wohnraum dem Markt und damit der Spekulation zu entziehen.
- Die GBI arbeitet darauf hin, ihren Einsatz und Einfluss in Genossenschaften zu stärken, indem sie GBI-Vertreter/innen vernetzt und im Hinblick auf zukunftsgerichtete Bauerneuerung schult.

Die Bahn muss in Zukunft absoluten Vortritt haben.



Foto Keystone